

revolutionäre Denken für die Notwendigkeit unseres sozialistischen Kampfes um Deutschland ab.

Man muß das gerade deswegen mit Nachdruck sagen, weil in der ersten Etappe des Wahlkampfes, der Rechenschaftslegung der Volksvertreter vor den Wählern, in vielen Fällen die politische Argumentation hinter Zahlen, Statistiken und Rechenexempeln versteckt wurde. Wir brauchen uns der Leistungen der vergangenen Jahre wahrlich nicht zu schämen, unsere Aufbauerfolge sind enorm, aber das Wichtigste bei der Bilanz unserer Arbeit ist immer die Einbeziehung der Massen in die Arbeit der Volksvertretungen, in die Machtausübung. Unsere Rechenschaft vor dem Volke geht davon aus, ob wir tief genug eingedrungen sind in die Massen, ihre Initiative weckten, sie von bürokratischer Last befreien und die bürgerliche Ideologie in den Massen überwinden. Diese Bilanz wird im Streitgespräch abgelegt, sie duldet keine bürgerliche Besserwisseri und kleinbürgerliches Nörgeln, sie setzt sich in der Auseinandersetzung mit feindlichem Losungen durch und scheut auch nicht die Kritik, wo Verantwortungslosigkeit, Arbeitsbummelei, Verletzung der Gesetze und Egoismus unsere Erfolge gemindert haben. Wenn wir jetzt eine rege Teilnahme bei der Kandidatenvorstellung organisieren, dann wollen wir vor allem an die Verantwortung der Wähler appellieren, die Kandidaten ernsthaft zu prüfen, an ihrer Arbeit teilzunehmen und sie, wenn sie als Volksvertreter gewählt werden, nach allen Kräften zu unterstützen. Unsere Demokratie ist stark, wenn sie von den Massen getragen wird, denn unsere Demokratie ist die Machtausübung des werktätigen Volkes zur Sicherung des sozialistischen Aufbaues. Dieser Machtausübung steht kleinbürgerliche Gleichgültigkeit entgegen, sie wird von kapitalistischen Vorurteilen beeinträchtigt und von feindlichen Auffassungen behindert. Deswegen geht die Einbeziehung der Massen in die Arbeit der Staatsorgane, ihre Teilnahme an der Machtausübung, nicht ohne Auseinandersetzung mit Gleichgültigkeit, Vorurteilen und feindlichen Auffassungen vor sich.

*

Diese Auseinandersetzung kann sich nicht im Allgemeinen vollziehen, sie ist an das Leben und Denken der Klassen und Schichten gebunden. Die Angehörigen des Mittelstandes zum Beispiel werden so lange von der Teilnahme an der Arbeit der örtlichen Staatsorgane abgehalten oder nur zurückhaltend daran teilnehmen, solange ihnen ihre Perspektive im sozialistischen Aufbau nicht klar ist. Es mag vielen von ihnen schon klar sein, daß sie an der Seite der Arbeiterklasse gegen die Liquidatoren des Mittelstandes, gegen das deutsche Monopolkapital, kämpfen müssen. Aber was würde für sie nach der Entmachtung des Monopolkapitals in Westdeutschland kommen? Gibt es nicht viele von ihnen, die an eine Ordnung zwischen der Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und anderen werktätigen Schichten und der Herrschaft der Monopole glauben, an die sogenannte „Dritte Kraft“, in der es keine Monopolbetriebe und keinen Großgrundbesitz, aber auch kein Volkseigentum geben könnte? Werden sie wirklich an der sozialistischen Macht teilnehmen, wenn die sozialistische Macht ihnen keine Existenzmöglichkeit bietet? Ist unsere Unterstützung des Mittelstandes durch Gesetze und Verordnungen nur eine „taktische Maßnahme“ vorübergehenden Charakters? Die gesellschaftliche Entwicklung wird mit der Entmachtung des Großkapitals alle übrigen Klassen und Schichten wandeln, ihre im Kapitalismus gewachsenen Gegensätzlichkeiten